

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn),
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/6454 –**

Kooperation und Koordination im Europäischen Forschungsraum verbessern

A. Problem

Im Europäischen Forschungsraum bedarf es einer verbesserten Kooperation und Koordination, so dass eine übertriebene Fragmentierung des europäischen Forschungssystems in abgeschottete nationale Systeme überwunden werden kann. Gleichzeitig soll eine ineffiziente Doppelung von Forschung verhindert und ein effektiverer Einsatz der Mittel erreicht werden. Der Fortschritt hinsichtlich der Erreichung der Lissabon-Ziele – was die Ausgaben für Forschung betrifft – ist dabei noch lange nicht erreicht. Weitere Problematik birgt der europäische Arbeitsmarkt, da er sich für die talentiertesten Forscher als nicht attraktiv genug herausstellt. Weiterhin müssen dem wissenschaftlichen Nachwuchs attraktivere Arbeitsbedingungen und verlässlichere Karrierepfade geboten werden als dies bislang in Deutschland der Fall ist. Fernerhin erheblichen Nachholbedarf gibt es bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem europäischen wissenschaftlichen Arbeitsmarkt.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, sich für eine Weiterentwicklung und Stärkung des Europäischen Forschungsraums einzusetzen. Dabei soll ein europaweiter Diskurs initiiert werden, um so die gesellschaftliche Partizipation zu erhöhen. Weiterhin bedarf es einer Stärkung der bestehenden europäischen Strukturen der Forschungsförderung sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zudem ist eine verbesserte europäische Kooperation bei nationalen Förderprogrammen sowie eine stärkere Verknüpfung des Europäischen Hochschulraumes mit dem Europäischen Forschungsraum erforderlich. Förderstrukturen müssen weiterhin so gestaltet werden, dass sie die Chancen von Frauen in Wissenschaft und Forschung verbessern. Weiterer Unterstützung bedürfen ebenfalls die Bemühungen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes, die Weiterentwicklung eines europäischen Patentsystems sowie die Verbesserung des Zuganges zu wissenschaftlichen Informationen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/6454 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Carsten Müller (Braunschweig)
Berichtersteller

René Röspel
Berichtersteller

Cornelia Pieper
Berichterstellerin

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Krista Sager
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Carsten Müller (Braunschweig), René Röspel, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/6454** in seiner 118. Sitzung am 11. Oktober 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass das Markenzeichen eines Europäischen Forschungsraumes die Präsenz von Forschung und Forschungspolitik in der europäischen Gesellschaft sein muss. Zur Verwirklichung eines Europäischen Forschungsraumes sind die Forschungsrahmenprogramme dabei das wichtigste Element. Gleichzeitig hingegen braucht jedoch der Europäische Forschungsraum auch die Öffnung hin zur übrigen Welt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- sich gemeinsam mit den europäischen Partnern dafür einzusetzen, dass der Europäische Forschungsraum weiterentwickelt und gestärkt wird,
- sich dafür einzusetzen, einen europaweiten Diskurs über Forschungsschwerpunkte und -ziele zu initiieren und so die gesellschaftliche Partizipation zu erhöhen,
- sich dafür einzusetzen, dass in den bestehenden Förderstrukturen künftig ausreichende Möglichkeiten zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses enthalten sind,
- sich für eine verbesserte europäische Kooperation bei den nationalen Förderprogrammen einzusetzen,
- sich für eine stärkere Verknüpfung des Europäischen Hochschulraumes mit dem Europäischen Forschungsraum einzusetzen,
- sich für eine Verbesserung der forschungspolitischen Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern einzusetzen,
- verstärkte Anstrengungen zur Koordination der europäischen und nationalen Forschungsprogramme für Klimaschutz, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit zu unternehmen,
- sich dafür einzusetzen, dass die Förderstrukturen so gestaltet werden, dass sie die Chancen von Frauen in Wissenschaft und Forschung verbessern,
- die Bemühungen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes für Forscherinnen und Forscher zu unterstützen,
- der Weiterentwicklung des europäischen Patentsystems sowie die Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Informationen zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/6454 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 43. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6454 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass das Grünbuch konstruktiv begleitet werde. Es sei sinnvoll, die einzelnen Bausteine für einen Europäischen Forschungsraum zu bündeln. Man finde darin einige Parallelen zu Arbeitsaufträgen, die der Ausschuss sich selber gestellt habe, um die Mobilität von Forscherinnen und Forschern im Europäischen Rahmen zu fördern. Das Grünbuch sei ein wichtiger Ansatz für die Erreichung des Drei-Prozent-Ziels von Lissabon. Es bilde ein Ausgangspunkt für die künftige Zusammenführung von Einzelmaßnahmen, die regelmäßig evaluiert werden müssten, um gegebenenfalls einen Nachsteuerungsbedarf feststellen zu können.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird ausgeführt, dass das Grünbuch viele gute Zielformulierungen für die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Forschung enthalte, in dem Forscher, Technologien und Wissen unbehindert Grenzen passieren könnten und eine effektive europaweite Koordinierung einzelstaatlicher und regionaler Forschungstätigkeiten, Programme und Strategien stattfinden solle.

Beim Thema „Gemeinsame Forschungsinfrastrukturen“ sei die Durchfinanzierung von ESRI-Projekten teilweise noch ungeklärt. Die Fraktion der SPD finde es gut, dass die Bundesregierung dies in ihrer Stellungnahme anspreche und auf das nicht unproblematische Hindernis von Rechtsstrukturen eingehe.

Was die Mobilität von Forschern angehe, so stelle die Inkompatibilität der europäischen Tarif- und Sozialsysteme ein erhebliches Problem dar. Die Portabilität von Pensionsansprüchen müsse über Grenzen hinweg gewährleistet sein.

Die Koordinierung von Forschung dürfe nicht zu einer Mainstream-Forschung führen. Daher habe die Bundesregierung richtigerweise auf die Existenz des European Research Council verwiesen, wo auch Pionierforschung gefördert werden solle. In diesem Zusammenhang müsse auch

ein neues Bewusstsein für die Bedeutung von Grundlagenforschung entstehen.

Die gegenseitige Öffnung von nationalen Förderprogrammen für andere Mitgliedstaaten müsse unter dem Prinzip einer ausgewogenen Gegenseitigkeit geschehen. Sie dürfe nicht dazu führen, dass Mitgliedstaaten sich aus der eigenen Verantwortung zurückzögen, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren und entsprechende Programme aufzulegen.

Viele Aspekte des vorliegenden Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien gut und richtig, jedoch bereits im Arbeitsprogramm der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen enthalten. Daher sei der Antrag abzulehnen.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird erklärt, dass im Hinblick auf die hochgesteckten Ziele der Lissabon-Strategie das vorliegende Grünbuch eine gute Gelegenheit biete, eine neue Debatte über die künftigen Orientierungen des Europäischen Forschungsraums in Gang zu setzen.

In der EU würden 1,84 Prozent des BIP für Forschungsausgaben aufgewendet. Damit liege das Ausgabenniveau nach wie vor unter dem in den USA, Japan und Südkorea. Zudem holten die neuen, aufstrebenden Volkswirtschaften rasch auf. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, werde China bezüglich der F+E-Intensität bis 2009 zur EU aufgeschlossen haben. Insofern gebe es akuten Handlungsbedarf. Darüber hinaus müsse die Investition des privaten Sektors in Forschung und Entwicklung stimuliert werden. Insgesamt müsse der öffentliche Sektor hier mehr Anreize schaffen und seinerseits mehr in diesen Bereich investieren.

Die EU sei Teil einer globalisierten Welt, in der das Wissen gleichmäßiger verteilt sei als je zuvor. Der starke Wettbewerb auf dieser Ebene verlange von der EU, den Europäischen Forschungsraum noch attraktiver zu machen als bisher.

Mehr als 85 Prozent der Differenz zwischen der F+E-Intensität der EU und der übrigen wichtigsten Wettbewerber seien durch die Unterschiedlichkeit der Industriestrukturen bei der Hightechindustrie begründet. In der EU weise Letztere eine geringere Größe auf als in anderen Staaten.

Was die Forschungsexzellenz anbelange, so sei die Wirkung der europäischen Wissenschaft – obwohl die EU weltweit der größte Produzent von wissenschaftlichen Wissen sei – geringer als die der Wissenschaft der USA. In allen wissenschaftlichen Disziplinen hinkte Europa hinter den Vereinigten Staaten hinterher und die europäischen Universitäten seien in den Rankings in der Spitzengruppe unterrepräsentiert.

Das Grünbuch zeige für die genannten Probleme folgende Wege zur Überwindung auf:

1. Man brauche einen einheitlichen Arbeitsmarkt für die Forscher.
2. Die Verknüpfung der europäischen Forschungsinfrastrukturen sei notwendig.
3. Die Stärkung der europäischen Forschungseinrichtungen müsse vorgenommen werden.
4. Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Industrie müsse verbessert werden.

5. Die Forschungsprogramme müssten optimiert werden.

6. Die internationale Zusammenarbeit müsse verstärkt werden.

Insgesamt sei das Grünbuch eine wichtige Diskussionsgrundlage für die Arbeit des Ausschusses.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** beziehe man sich auf Punkt eins in der Stellungnahme der Bundesregierung. Dort werde davon gesprochen, den Arbeitsmarkt für Spitzenkräfte in Forschung und Wissenschaft weiter zu vereinheitlichen und Mobilitätshürden abzubauen. Hier sei vor allem Deutschland gefordert, da die hierarchischen Strukturen des deutschen Wissenschaftssystems sehr ausgeprägt seien. Es seien Innovationen im Bereich der Nachwuchsförderung und der Personalstrukturen notwendig. Auch die europäische Denkweise, die Promotion als erste Phase wissenschaftlichen Arbeitens zu verstehen, stehe in offensichtlichem Gegensatz zu deutscher Politik. Wissenschaft als Beruf anzuerkennen würde ebenfalls einen Veränderungsdruck auslösen.

Deutschland müsse in seiner Position deutlich machen, worin wissenschaftsadäquate und diskriminierungsfreie tarifvertragliche Regelungen gesehen würden. In diesem Zusammenhang sehe die Fraktion DIE LINKE. Konflikte, die sich nächstes Jahr im Zuge des von der Bundesregierung geplanten Wissenschaftsfreiheitsgesetzes ergeben werden. Daher sei es notwendig, attraktive Einkommensstrukturen zu schaffen und die Ungleichbehandlung zwischen den Beschäftigungsgruppen aufzuheben.

Man glaube nicht, dass dazu alleine freiwillige Maßnahmen ausreichen. Der soziale und sektorale Dialog müsse durch eine rechtliche Fixierung von verbindlichen Mindeststandards angereichert werden.

Die Fraktion DIE LINKE. sei der Ansicht, dass die vielen Ansätze, die in der jüngsten Zeit in Deutschland zu den Themen „Gender in der Forschung“ und „Frauen in der Wissenschaft“ diskutiert worden seien, als Erfahrungsbericht mit einfließen müssten, um für mehr Verbindlichkeit zu sorgen. In einem nächsten Forschungsrahmenprogramm müssten Gender-Aktionspläne wieder als verbindliche Kriterien eingeführt werden.

Die Bundesregierung habe in ihrer Stellungnahme zum 8. Forschungsrahmenprogramm geschrieben, dass man prüfen solle, ob ein europaweiter Wettbewerb der Universitäten die Profilschärfung und die Sichtbarkeit der besten akademischen Institutionen fördern könne. Das rieche nach einer Exzellenzinitiative auf EU-Ebene, was von der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt wird.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird erklärt, dass man den den Antrag zum Grünbuch eingebracht habe, weil das nationale Parlament die Chance nutzen sollte, sich in diese Konsultationsprozesse frühzeitig einzubinden.

Man sei der Ansicht, dass es ein Markenzeichen des Europäischen Forschungsraumes werden könnte, etwas für den öffentlichen Dialog über die Richtungen, die Schwerpunkte, die Chancen und Risiken in der Forschung zu tun. Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, dass das Thema „Öffentlicher Diskurs über Forschung in Europa“ mit Ressourcen ausgestattet werde.

Sie finde es richtig, dass die Bundesregierung die Themen „Öffnung zur Welt“ und „Verbindung von Forschungs- und Entwicklungspolitik“ akzentuiere. Sorgen bereite jedoch die Tatsache, dass von Seiten der Europäischen Kommission Finanzierungsvorschläge auf den Tisch gekommen seien, die nicht kompatibel mit eigentlich vorrangigen Instrumenten seien. Es handle sich hierbei um große Forschungsinfrastrukturprojekte, die besonders wichtig seien, um zu einer vernünftigen Arbeitsteilung in Europa zu kommen und attraktiv für das internationale Ausland zu werden. Ferner stehe die vorgeschlagene Finanzierung im Widerspruch zur Weiterentwicklung und Aufstockung des Forschungsrahmenprogramms. Deswegen appelliere sie an die Bundesregierung, hier zu Lasten des EIT für eine vernünftige Prioritätensetzung zu sorgen.

Was die Chancengleichheit angehe, so könne man noch sehr viel von den europäischen Partnern lernen.

Die Öffnung nationaler Forschungsprogramme für andere Mitgliedstaaten sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls sehr kritisch. Es sei legitim, auf nationaler Ebene dafür zu sorgen, dass man auf europäischer Ebene mithalten könne. Das widerspreche nicht dem Ansatz grenzüberschreitender Kooperation. Es gebe bei der Kommission jedoch offensichtlich Ansätze, Forschungspolitik „von oben nach unten“ betreiben zu wollen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hingegen wolle Forschungspolitik eher „von unten nach oben“ in grenzüberschreitender Kooperation entwickeln.

Das deutsche Forschungssystem sei mit seinen Regelungen fürs Personal nicht sehr mobilitätsfreundlich. Die Bundesregierung müsse das Thema „Portabilität von Ansprüchen aus Sozialversicherungssystemen“ stärker gewichten.

Ende 2007 werde es Konferenzen und Anhörungen zur Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsrates und des Forschungsrahmenprogramms geben. Man bittet darum, sehr zeitnah über diese Diskussionen informiert zu werden, damit man sich rechtzeitig in diese einschalten könne.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird ausgeführt aus, dass der Begriff des Europäischen Forschungsraums vom damaligen EU-Forschungskommissar Philippe Busquin im Januar 2002 mit der Forderung nach der Entwicklung eines Europäischen Forschungsraums in die politische Landschaft gebracht worden sei. Ursprünglich sei der Begriff vom ersten Forschungskommissar Ralph Dahrendorf in den siebziger Jahren entwickelt worden. Damit könne er in seiner Bedeutung auf eine lange Zeitphase zurückblicken. Mit dem Grünbuch sei man auf einem guten Weg, nun zu einer adäquaten Umsetzung zu kommen.

Die Bundesregierung habe den Vorschlag der EU-Kommission im Rahmen dieses Grünbuchs außerordentlich begrüßt. Er stecke jedoch nur einen Rahmen ab, welcher durch konkrete Aktionen und Aktionspläne unterlegt werden müsse. Dazu erwarte man im Rahmen der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 erste Vorschläge, die man dann mit dem Ausschuss gemeinsam bewerten und diskutieren möchte.

Aus Sicht der Bundesregierung sei die Entwicklung einer europäischen Charta zum Umgang mit geistigem Eigentum für die öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen und Hochschulen ein wesentlicher Baustein für einen Europäischen Forschungsraum. Nur so könne es eine konstruktive und offene Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geben.

Die Bundesregierung teile die europäische Meinungsbildung, wonach ein Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) wichtige Akzente im Rahmen des Europäischen Forschungsraums setzen könne. Dies gelte auch für die Kritik der Abgeordneten Cornelia Pieper, dass es derzeit keine Hochschulen in Europa gebe, die in der Topliste der globalen Spitzengruppen vorhanden sei. Das EIT könne auch hier durch seinen Impuls, Innovationsgemeinschaften zwischen Hochschulen, Forschungsorganisationen und Unternehmen zu bilden, einen wichtigen Beitrag leisten.

Man wolle erreichen, dass künftig die Strukturfonds für den Bereich „Forschung und Entwicklung“ genutzt werden könnten. Wichtig sei, dass die Grundlagenforschung nun im Sinne einer Pionierforschung als ein wesentlicher Baustein der europäischen Förderpolitik angesehen werde. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Europäischen Forschungsrat hin, der diesbezüglich die Federführung inne habe.

Die Bundesregierung habe sich für eine Portabilitätsrichtlinie für zusätzliche Pensionsansprüche ausgesprochen. Sie werde dies in die EU-Diskussion mit einbringen.

Die Forschungspolitik und die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Forschungsraums sollten auch einen Dialogprozess mit den Ländern in Gang setzen, die noch nicht so weit in der wirtschaftlichen und forschungspolitischen Entwicklung seien. Das bedeute, dass man auf diesem Gebiet nicht nur einen Dialogprozess der Mitgliedstaaten, sondern auch der EU mit den Entwicklungsländern auf den Wege bringen wolle. Diesen öffentlichen Diskurs über Forschung habe man finanziell unterlegt, indem man ihn bereits im 7. Forschungsrahmenprogramm in der Förderlinie „Science und Society“ etabliert habe. Es sei wichtig, dies auch im 8. Forschungsrahmenprogramm fortzusetzen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Carsten Müller (Braunschweig)
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatteerin

René Röspe
Berichterstatter

Krista Sager
Berichterstatteerin

Cornelia Pieper
Berichterstatteerin

